

Großbritanniens gescheiterte Waffenkontrollgesetze zeigen, warum das Second Amendment so wichtig ist

Von [David B. Kopel](#) & [Vincent Harinam](#)

National Review, 28. August 2018

Die Spirale der Waffenkontrolle endet nicht mit der Konfiszierung, sondern mit der Zerstörung des Rechts auf Selbstverteidigung an sich.

Trotz sehr strenger Gesetze gegen Messer leidet Großbritannien unter einem sprunghaften Anstieg von Messerkriminalität. Einige Briten schlagen vor, die Gesetze noch weiter zu verschärfen. Andere bieten konstruktivere Lösungen an, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Die Erfahrung Großbritanniens zeigt, wie wichtig das Second Amendment ist. Nach der Logik der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache *District of Columbia v. Heller* gehören [Messer zweifellos](#) zu den „Waffen“, die durch das Second Amendment geschützt sind. Gerichte in Connecticut, Wisconsin und Washington gehören zu denen, die das anerkannt haben, wobei die Gerichte in den ersten beiden Staaten befanden, dass bestimmte Messerkontrollen zu weit gingen und verfassungswidrig waren.

Obwohl die englische Bill of Rights von 1689 das Recht auf den Besitz von Waffen zu Verteidigungszwecken anerkannte, ist dieses Recht heute nicht mehr gültig, wie auch viele andere in diesem Dokument aufgeführte Rechte. So ist Großbritannien heute in einem Teufelskreis aus zunehmender Kriminalität und zunehmender Repression gefangen.

Nach Berechnungen der Regierung ist die Messerkriminalität in Großbritannien zwischen 2013 und 2017 um [36 Prozent](#) gestiegen. Ein Teil des statistischen Anstiegs kann auf [Änderungen](#) in der Erfassungspraxis der Polizeidienststellen zurückgeführt werden, die lange Zeit alle Arten von Straftaten untererfasst haben. Aber das Innenministerium, zu dessen Aufgaben die Erhebung von Kriminalitätsstatistiken gehört, räumt ein, dass die [Messerkriminalität](#) stark zugenommen hat.

Die Krankenhäuser des National Health Service meldeten zwischen 2015 und 2016 einen Anstieg der Einlieferungen von Opfern von Messerangriffen [um 13 Prozent](#). Im darauffolgenden Jahr, zwischen 2016 und 2017, gab es einen weiteren Anstieg um [7 Prozent](#). Londons Bürgermeister Sadiq Khan [twitterte](#): „Keine Ausreden: es gibt keinen Grund, ein Messer bei sich zu tragen. Wir werden jeden erwischen, der das tut, und er wird die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.“

Das Problem ist sicherlich nicht, dass es nicht genügend [Gesetze](#) gegen das Tragen von Messern gibt. Wie Joyce Malcolm in ihrem Buch *Guns and Violence: The English Experi-*

ence (Schusswaffen und Gewalt: Die Erfahrungen der Briten) ausführt, ist es in Großbritannien seit den 1950er Jahren verboten, *irgendetwas* in der Absicht mit sich zu führen, um es zur Selbstverteidigung zu verwenden. Dazu gehört sogar eine Hutnadel, falls die Frau diese gegen einen potenziellen Vergewaltiger einsetzen will. In der Orwell-schen Sprache des britischen Rechts macht der Wille, etwas zur Selbstverteidigung zu benutzen, dieses zu einer „[Angriffswaffe](#)“.

[Laut einer Website der britischen Polizei](#) ist es illegal, ein Produkt mit sich zu führen, „das dazu bestimmt oder geeignet ist, eine Person zu verletzen“. Briten dürfen zum Beispiel Farbspray mit sich führen, um einen Angreifer zu markieren, aber wenn sie den Farbstoff in die Augen des Angreifers sprühen, würde es „zu einer Angriffswaffe werden, weil es in einer Weise verwendet wird, die Verletzungen verursachen soll“.

Eine amerikanische Touristin wurde sogar wegen des Führens einer „Angriffswaffe“ [verurteilt](#), nachdem sie ein kleines Taschenmesser benutzt hatte, um auf einige Männer einzustechen, die sie angegriffen hatten. Mit dem [Offensive Weapons Act](#) (Gesetz über Angriffswaffen) von 1996 wurde das Mitführen eines Messers auch ohne die „offensive“ Absicht, das Messer zur Verteidigung einzusetzen, als illegal eingestuft. Eine Person, die dieser Straftat beschuldigt wird, muss „beweisen, dass sie einen guten Grund oder eine gesetzliche Befugnis für den Besitz des Messers hatte“, um einer Bestrafung zu entgehen.

Und selbst im realen Leben ist ein guter Grund kein Schutz. Das erste Opfer des Anti-Messer-Gesetzes war Dean Payne, ein Mann, dessen Aufgabe in einer Vertriebs Einrichtung darin bestand, die Bänder von Zeitungsbündeln aufzuschneiden. Bei einer routinemäßigen Durchsuchung seines Wagens, wie es eine Lokalzeitung nannte, fand die Polizei ein arretierbares Klappmesser, das kleine Messer eines Druckers und ein Stanley-Messer. Der Richter akzeptierte die Aussage von Payne, dass er nicht die Absicht hatte, das Messer für „offensive“ Zwecke zu verwenden, schickte ihn aber dennoch für zwei Wochen ins Gefängnis.

Die strafrechtliche Verfolgung von Opfern von Straftaten und Arbeitern scheint Gewaltverbrecher eher zu ermutigen als abzuschrecken. So hat die Regierung 2016 den Verkauf von sogenannten [Zombiemessern verboten](#), von Horrorfilmen inspirierte Klingen, die als Sammlerstücke vermarktet werden. Darüber hinaus ist es nicht legal, [online gekaufte Messer](#) an Wohnadressen zu liefern, und alle Verkäufe an Personen unter 18 Jahren sind verboten.

Vor ein paar Monaten hat Poundland, eine britische Discounterkette, den Verkauf von Küchenmessern in seinen 850 Filialen in Großbritannien und Irland [eingestellt](#). Das Unternehmen äußerte die Hoffnung, dass „andere Einzelhändler sich uns anschließen werden“. Dr. John Crichton, Vorsitzender des Royal College of Psychiatrists^{1,2}, hat den Gesetzgeber

1 Alle Fußnoten stammen vom Übersetzer.

2 Das Royal College of Psychiatrists ist eine Organisation der Psychiater in Großbritannien und Nordirland, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Royal_College_of_Psychiatrists.

aufgefordert, den Verkauf von spitzen Küchenmessern zu [verboten](#). Nic Madge, Richter am Luton Crown Court³, hat ein landesweites Programm zum Abfeilen der Spitzen von Küchenmessern [vorgeschlagen](#).

Im ausgehenden neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert hatte Großbritannien eine [sehr niedrige Mordrate](#) und es gab so gut wie keine Messerkontrollen. Was also ist die Ursache für die derzeitige Zunahme von Messerangriffen? Nach Angaben des [britischen Innenministeriums](#) tragen Banden- und Drogenaktivitäten, die mit einander in Wechselwirkung stehen, entscheidend dazu bei. Zwischen 2014 und 2017 stieg der Anteil der Tötungsdelikte, die einen Drogenbezug hatten, von 50 Prozent auf 57 Prozent. Umgekehrt gingen Tötungsdelikte bei denen Drogen keine Rolle spielten, zurück.

Die boomenden [Crack-Märkte](#) haben dazu geführt, dass der Gebrauch von Messern (und Schusswaffen) unter britischen Jugendlichen zur Regel geworden ist. Wie in den USA schaffen die illegalen [Crack-Märkte](#) einen Anreiz für [Waffenbesitz](#) und Gewalt. So üben britische Gangs beispielsweise routinemäßig eine Tätigkeit aus, die sie „taxing“ (Steuern eintreiben) nennen – ein neuer Begriff für die altbekannte Gewalt bei Revierkämpfen zwischen Gangs. In einem Bericht über eine bestimmte Methode der Drogenverteilung, die von britischen Banden bevorzugt wird, verzeichneten britische Polizeikräfte einen [vermehrten](#)⁴ Besitz von Messern und Schusswaffen.

Inzwischen hat der Waffenbesitz von Gangstern [dazu geführt](#), dass sich auch Jugendliche, die keiner Bande angehören, zum Selbstschutz bewaffnen.

Kurz gesagt, das Vereinigte Königreich hat ein Drogen- und Bandenproblem, das als Messerproblem verkleidet daherkommt. Die Kontrolle von Messern ist für sich genommen eine oberflächliche Lösung. Das erfolglose Bemühen, das Angebot an Messern und allem anderen, was als Waffe verwendet werden könnte, einzuschränken, ignoriert die eigentlichen Ursachen der Kriminalität: Wie anderswo auch ist auch im Vereinigten Königreich die Kriminalität eng verbunden mit [kaputten Familien](#) und [Armut](#).

Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Polizeibeamten von 143.734 im Jahr 2010 auf 123.142 im Jahr 2017 reduziert wurde. Durchgesickerte [Dokumente](#) des Innenministeriums räumen ein, dass die Kürzungen bei der Polizei „wahrscheinlich zum Anstieg der Gewalt beigetragen haben“, auch wenn die konservative Regierung dies öffentlich abstreitet. In der Zwischenzeit wurden zwischen 2010 und 2016 die [Jugendhilfe](#) um 387 Millionen Pfund gekürzt und 603 Jugendtreffs wurden geschlossen. Untätige Jugendliche, zerrüttete Familien und Kürzungen bei der Polizei sind eine tödliche Mischung.

Glücklicherweise bietet die jüngste [Strategie zur Bekämpfung schwerer Gewaltdelikte](#) des Innenministeriums einige vernünftige Ideen, darunter frühzeitiges Eingreifen und Präventi-

³ Ein Crown Court ist ein höheres Gericht für Strafsachen.

⁴ Der Link funktioniert nicht mehr. Es dürfte um diesen Bericht gehen:

<https://nationalcrimeagency.gov.uk/who-we-are/publications/234-county-lines-violence-exploitation-drug-supply-2017/file>.

on mittels Jugend- und Kommunalpartnerschaften. Mit etwas Verspätung wird nun auch mehr Gewicht auf die [Polizeiarbeit an Brennpunkten](#) gelegt, bei der die knappen Polizeiressourcen den am stärksten von Gewaltverbrechen betroffenen [Gebieten](#) zugewiesen werden.

Aber es gibt noch mehr zu tun. Das Vereinigte Königreich könnte das Programm zur Gewaltunterbrechung von [Cure Violence](#) (engl. für „die Gewalt besiegen“) in Betracht ziehen, bei dem ehemalige Strafgefangene geschult werden, in der örtlichen Gemeinschaft zu arbeiten, um Tötungsdelikte zu verhindern. In den USA hat das Programm die Zahl der Schießereien in sieben Stadtvierteln von Chicago (um 41 bis 73 Prozent), in vier von [Baltimore](#)⁵ (um 34 bis 56 Prozent) und in zwei von [New York](#)⁶ (um 37 und 50 Prozent) gesenkt. Vielleicht könnte dies auch in Großbritannien helfen.

Das Recht auf Waffenbesitz war in England nie so robust wie in den Vereinigten Staaten. Das 1791 ratifizierte Second Amendment der USA erklärt, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, „nicht verletzt werden darf“. Die enger gefasste englische Bill of Rights von 1689 erlaubte „Untertanen“, „Waffen zu ihrer Verteidigung zu besitzen, die ihren Verhältnissen angemessen und gesetzlich erlaubt sind“. Heute gibt es keine Bedingungen, unter denen englische Bürger in der Öffentlichkeit eine geeignete Verteidigungswaffe haben dürfen. Die englische Regierung räumt der Sicherheit von Kriminellen Vorrang vor der Sicherheit ihrer Opfer ein. Wie England zeigt, endet die schleichende Ausweitung der Waffenkontrolle nicht mit der Konfiszierung von Pistolen oder Revolvern, sondern mit der Zerstörung des Rechts auf Selbstverteidigung als solchem.

David B. Kopel ist Associate Policy Analyst am Cato Institute in Washington, D.C.
Vincent Harinam ist Berater im Bereich Strafverfolgung und angehender Doktorand an der University of Cambridge.

Den Originalartikel „**Britain’s Failed Weapons-Control Laws Show Why the Second Amendment Matters**“ kann man hier abrufen:

<https://www.nationalreview.com/2018/08/britain-failed-weapons-control-laws-curb-self-defense-rights/>

Deutsche Übersetzung: Dezember 2023

5 Der ursprüngliche Link ist ohne Funktion. Wahrscheinlich geht es um die Studie [Evaluation of Baltimore’s Safe Streets Program](#) – Effects on Attitudes, Participants’ Experiences, and Gun Violence.

6 Auch hier ist der Link ohne Funktion. Näheres zu den Erfolgen des Programms in N.Y. [hier](#).